

# „An die Hausordnung halten“

**SPIEGEL-Gespräch** Der Erlanger Jurist Mathias Rohe erklärt, warum uns die Burka so empört und wie der Islam zum deutschen Rechtsstaat passt.



FALK HELLER / ARGUM / DER SPIEGEL

**Rohe**, 56, ist Professor für Rechtswissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er beschäftigt sich mit islamischem Recht, war Mitglied der Deutschen Islamkonferenz und ist häufig als Gutachter für verschiedene Landesregierungen tätig.

**SPIEGEL:** Herr Rohe, Deutschland diskutiert seit Wochen über die Burka, etwa 70 Prozent der Deutschen sind für ein Verbot. Warum bewegt diese Frage das Land so sehr?

**Rohe:** Das ist eine Symboldiskussion, den meisten geht es nicht um Kleidungsstücke, sondern darum, die Sorge zu artikulieren, dass ein radikaler Islam sich hier breitmacht. Diese Befürchtungen sind ja nicht völlig unbegründet. Menschen möchten die abendländische Kultur verteidigen, was ein ehrenwertes Anliegen ist, allerdings am falschen Objekt.

**SPIEGEL:** Warum führen wir die Diskussion gerade jetzt?

**Rohe:** Es ist eine Menge zusammengekommen im vergangenen Jahr: Die Flüchtlingsbewegungen, die Grenzen, die eine Zeit lang außer Kontrolle waren, muslimischer Radikalismus, der sich jetzt auch in der Provinz zeigt, in Ansbach und Würzburg, die Katastrophe auf der Kölner Domplatte in der Silvesternacht, das alles hatte einen gewaltigen Effekt. Bis in die Mitte der Gesellschaft sind massive Ängste da, ob wir das in den Griff kriegen.

**SPIEGEL:** Die Burka wird in Deutschland so gut wie nie getragen, aber ist sie nicht doch mehr als ein Symbol?

**Rohe:** Die einzige Burka, die ich in Deutschland je gesehen habe, ist meine eigene. Die habe ich einem Händler in Kabul für drei Dollar abgekauft, meine Kinder haben gern verstecken damit gespielt. Trotzdem ist klar: Die Burka und

der Nikab sind katastrophale Kleidungsstücke, die gegen die Konventionen unseres Zusammenlebens verstoßen. Es steckt ein schreckliches Geschlechterbild dahinter: Nicht nur, dass die Frau sich verbergen muss und dem Mann gehört, auch, dass der Mann nicht mehr an sich halten kann, sobald er eine Frau sieht.

**SPIEGEL:** Trotzdem sind Sie gegen ein Verbot?

**Rohe:** Wir überschätzen die Macht des Rechts, wenn wir alles, was wir für wünschenswert halten, rechtlich durchdrücken wollen. Man braucht aus rechtlicher Sicht gute Gründe, die Freiheit von Menschen einzuschränken, auch die von komischen Menschen, die sich in der Öffentlichkeit schräg kleiden und benehmen.

**SPIEGEL:** Würden Sie den Nikab denn in bestimmten Situationen verbieten?

**Rohe:** Das halte ich für erforderlich. Bei einer Ausweiskontrolle, bei einer Prüfung, auch in Gerichtssälen, denn wenn Beteiligte da ihr Gesicht nicht zeigen wollen, steht es der Wahrheitsfindung entgegen.

**SPIEGEL:** Und bei Ihnen im Hörsaal?

**Rohe:** Ich würde Burka und Nikab auch für Schülerinnen und Studentinnen verbieten, weil sie kommunizieren können müssen. Die Grundbereitschaft zur Kommunikation muss vorhanden sein, sonst ist das Ziel eines akademischen Studiums nicht erreichbar. Wenn eine meiner Studentinnen so erschiene, würde ich ihr erklären, warum das nicht geht. Und dass ich ihr ein künftiges Erscheinen in dieser Kleidung verbiete. Wenn sie dagegen vorgehen möchte, dann steht das Verwaltungsgericht Ansbach offen. Aber der Ruf nach dem generellen Verbot meint: Jetzt wollen wir mal zeigen, dass wir das alles so nicht wollen.

**SPIEGEL:** Was genau ist es, was wir nicht wollen?

**Rohe:** Wir wollen, dass sich alle an eine gemeinsame Hausordnung halten. Man gibt sich hierzulande die Hand. Das ist das alte Symbol für: Ich habe keine Waffe in der Hand. In anderen Regionen der Welt ist das nicht so. Wir werden jetzt konfrontiert mit einer Globalisierung, die auch ihre Schattenseiten hat. Wir hatten jahrzehntlang die Illusion: Wir sind Exportweltmeister, wir reisen überallhin, aber die Probleme der Welt machen einen ganz großen Bogen um Europa.

**SPIEGEL:** Sie haben eben den schönen Begriff der Hausordnung verwendet. Was meinen Sie damit?

**Rohe:** Da ist zuerst die Rechtsordnung, wir können verlangen, dass sich jeder daran hält. Was die Konventionen angeht, das können wir erwarten, aber nicht erzwingen. Das freie Zusammenleben der Geschlechter ist die größte Baustelle, die wir hier bei der Integration haben werden. Ich habe lange im Orient gelebt, dort sieht man, dass viele Menschen völlig anders sozialisiert sind. Das ist sehr patriarchalisch und gezwungen, es gibt eine absurd übersteigerte Geschlechtertrennung. Und dann kommen Leute mit dem Klischee hierher: Die Europäerin ist leicht zu haben.

**SPIEGEL:** Man hat den Eindruck, dass es mit Muslimen eher zu Konflikten kommt als mit Buddhisten oder mit Juden. Woran liegt das?

**Rohe:** Schwierigkeiten macht uns eine bestimmte Haltung von Muslimen, die den Islam als einziges Wertesystem anerkennt. Das ist keine Mehrheitshaltung, aber durchaus verbreitet. Und zum Teil gibt es eine falsche Problemdiagnose. Es leben sehr viele Iraner hier, die auch Muslime sind, aber überhaupt keine Problemgruppe. Deren Kinder schneiden in unseren Schulen besser ab als die Durchschnittsdeutschen ...

**SPIEGEL:** ... weil sie zur iranischen Bildungselite gehörten.

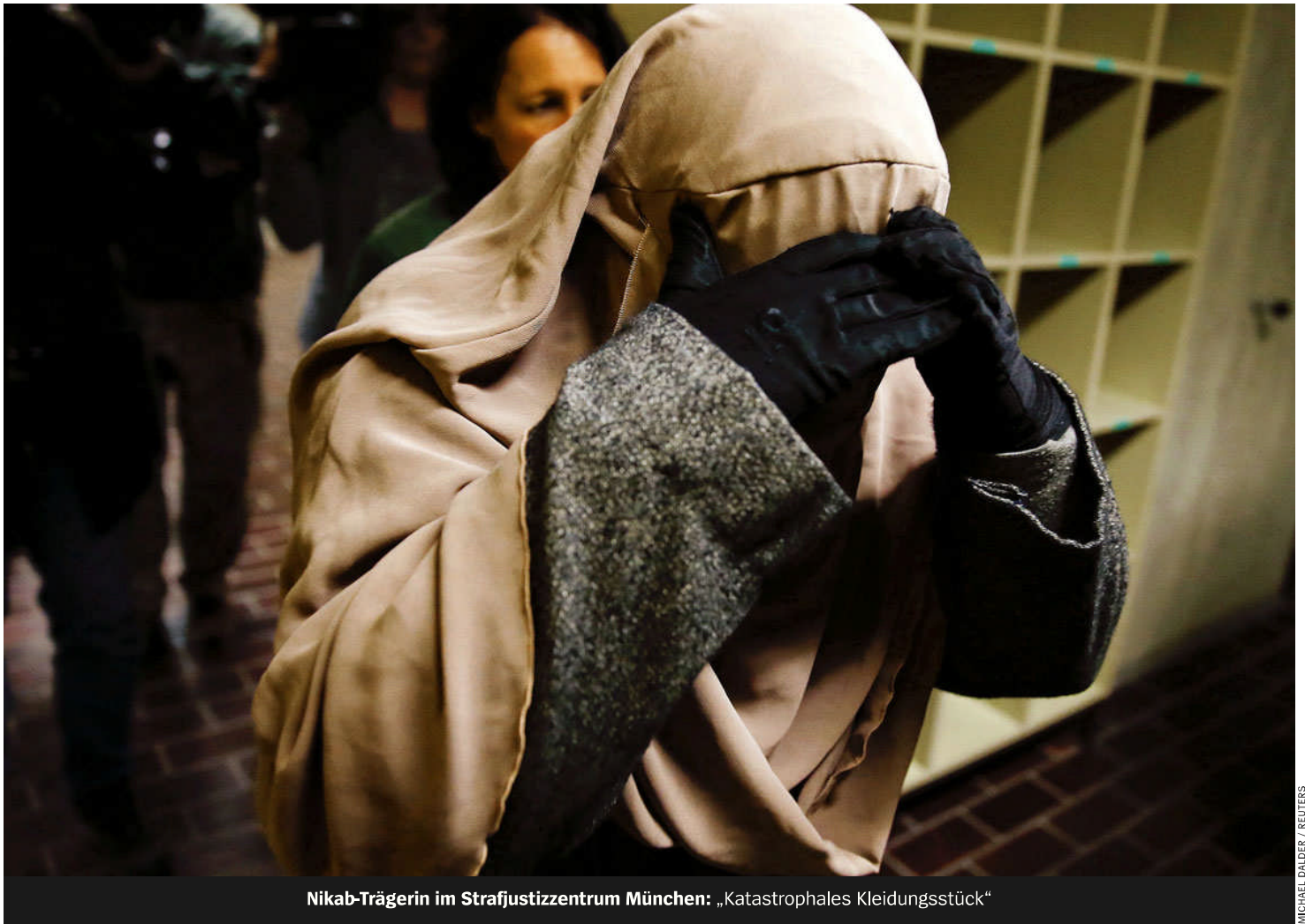
**Rohe:** Ja, Konflikte haben wir schwerpunktmäßig mit den sozialen Unterschichten, da kommt dann das Religiöse verstärkend hinzu. Wenn ich heute höre, man soll den Moscheen vorschreiben, nur noch Deutsch zu predigen, das wäre zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Salafismus-Förderprogramm. Die Salafisten sind bislang die Einzigen, die in einer jugendgerechten Sprache konsequent auf Deutsch ihre Klientel ansprechen.

**SPIEGEL:** In Ihrem Buch erklären Sie, dass die traditionellen Moscheevereine stärker einem bestimmten Herkunftsland verbunden sind\*.

**Rohe:** Diese Vereine sind gerade in einer Übergangsphase von der Migrantenorganisation mit religiösem Touch hin zur echten Religionsorganisation. Die tun sich schwer, die jungen Leute zu erreichen. Die Salafisten sind dagegen mit ihren Video-

Das Gespräch führten die Redakteure Dietmar Hipp und Cordula Meyer.

\* Mathias Rohe: „Der Islam in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme“. Verlag C. H. Beck, München; 416 Seiten, 16,95 Euro.



Nikab-Trägerin im Strafjustizzentrum München: „Katastrophales Kleidungsstück“

MICHAEL DALDER / REUTERS

clips und der Hip-Hop-Kultur ziemlich erfolgreich.

**SPIEGEL:** Warum sind junge Muslime überhaupt anfällig für diese Botschaften?

**Rohe:** Wir beobachten eine Selbstaussgrenzung, aber auch die Reaktion: Wenn ihr mich nur noch als Muslim wahrnehmt, dann bin ich auch einer, aber so richtig. In der öffentlichen Wahrnehmung waren die Menschen erst die Ausländer, dann die Türken und jetzt die Muslime. Inzwischen schreibt man alle Probleme dem Islam zu.

**SPIEGEL:** Wir haben schon über kulturelle Prägung und Machokultur gesprochen. Aber ist der Islam selbst ein Integrationshindernis?

**Rohe:** Ja, dort, wo er patriarchalische Strukturen untermauert oder extremistische Positionen vertritt, die in der Geschichte des Islam angelegt sind. Der Satz: „Das hat mit dem Islam nichts zu tun“, nach Terrorakten oder Ähnlichem, ist sehr respektabel, wenn er zum Ausdruck bringen soll, dass es nicht das eigene Verständnis vom Glauben ist. Aber die Aussage, das komme völlig von außen, das ist falsch – Bin Laden hat sich ja nicht aufs „Kommunistische Manifest“ berufen.

**SPIEGEL:** Er bezog sich auf Korantexte.

**Rohe:** Bin Laden zitierte den Koran in eigenwilliger Weise, aber es finden sich sehr wohl Aussagen zur Versklavung ir-

gendwelcher Nichtmuslime in der traditionellen Rechtsliteratur, auf die sich der „Islamische Staat“ heute beruft. Diese Texte sind zu 95 Prozent solche, auf die man auch in saudi-arabischen Bildungstätten verweist. Was heute in der IS-Hochburg Rakka praktiziert wird, wird zu erheblichen Teilen in Medina gelehrt. Insofern hat es objektiv sehr wohl mit dem Islam zu tun.

**SPIEGEL:** Ist der Islam denn grundsätzlich kompatibel mit Demokratie und Menschenrechten?

**Rohe:** Das kann man so nicht sagen. Das Christentum hat bis 1965 gebraucht, bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil, um Frieden mit dem säkularen Rechtsstaat zu machen. Auch der Islam hat das Potenzial dazu.

**SPIEGEL:** Wie beurteilen Sie Berichte über eine islamische Paralleljustiz in Deutschland?

**Rohe:** Das Problem wird überschätzt. Was es gibt, ist eine kulturelle Paralleljustiz von Clan-Oberen, die Dinge regeln. Diese Clans sind oft im Drogenhandel und in der Prostitution tätig, also sicher nicht besonders islamisch. Ein typischer Fall: Messerstecherei zwischen zwei jungen Männern. Die ältesten, angesehensten Mitglieder der Täterfamilie kommen danach mit Süßigkeiten ins Krankenhaus, bieten Geld und verlangen, dass die Polizei nichts erfährt.

Wenn das Opfer aus einer schwächeren Familie stammt, ist es mehr oder weniger gezwungen, sich darauf einzulassen.

**SPIEGEL:** Kommt das häufiger vor?

**Rohe:** Ich kenne den Fall eines Berliner Imams, der versucht hat, der Ehefrau eines angesehenen Clan-Oberen zu helfen, die von ihm schwer misshandelt wurde. Der Imam wollte eine islamische Scheidung in die Wege leiten und wurde auf den Straßen Neuköllns brutal zusammengeschlagen. Ich weiß auch von Moscheen, die versucht haben, Eheberatung anzubieten. Dort sind irgendwelche Patriarchen aufgelaufen und haben gesagt: Wenn ihr das fortsetzt, machen wir euch den Laden dicht. Und die meinen das ernst.

**SPIEGEL:** Da herrscht dann offenbar das Recht der Straße. Andererseits gilt vor deutschen Gerichten immer wieder auch islamisches Recht. Wann?

**Rohe:** Wir haben seit über hundert Jahren Gesetze, die regeln, dass auf Menschen, die zu einem anderen Rechtssystem engste Verbindungen haben, dessen Grundsätze angewendet werden. Wenn zwei Franzosen in Deutschland heiraten, werden sie nach französischem Recht verheiratet, so schreibt es das Gesetz vor. Das gilt, solange die Anwendung eines solchen Rechts nicht unseren Vorstellungen fundamental widerspricht. Wenn fremdes Recht vorsieht, dass

ein Mann seine Ehefrau verstoßen kann, dann geht das hier nicht. Punkt. Oder wenn es um Kinder-Ehen geht, wo wir annehmen müssen, dass jemand noch nicht entscheidungsfähig ist, weil er zu jung ist.

**SPIEGEL:** Bis zu welchem Alter sind Kinder-Ehen hier ungültig?

**Rohe:** Da gibt es keine einheitliche Linie. Viele Gerichte sagen, 15 Jahre ist akzeptabel, weil in Deutschland die Mindestschwelle 16 ist. Die allermeisten sagen, 14 Jahre ist zu jung. An dieser Stelle brauchen wir mehr gesetzliche Klarheit. Die radikale Lösung wäre: Alles unter 18 Jahren ist nicht anerkennungsfähig, aber dann hätte die Frau auch keine Unterhaltsansprüche mehr und bekäme kein Erbe. Man könnte Ehen mit Partnern zwischen 16 und 18 automatisch unter die Obhut des Jugendamts stellen. Ich kenne den Fall einer 13-Jährigen aus dem Irak, die mit einem einjährigen Sohn und den Schwiegereltern hierherkam. Da fragte mich ein Betreuer: Wie sollen wir damit umgehen?

**SPIEGEL:** Die haben Sie als Berater angerufen?

**Rohe:** Ja, weil keiner wusste, wie man sich verhalten soll, auch die Behörden nicht. Ich habe dann geraten, sofort das Jugendamt einzuschalten und das Paar zu trennen. Die Fortführung sexueller Beziehungen wäre nach deutschem Recht strafbar. Jetzt behauptet die junge Dame plötzlich, sie sei 17. Das zeigt ein Problem: Wir müssen vermitteln, warum der Staat sich einmischt. In vielen orientalischen Ländern sind Familiensachen unterhalb der Schwelle von Mord und Totschlag Familienangelegenheiten. Aber unser Land hat einen starken Staat zum Schutz der Schwachen.

**SPIEGEL:** In welchen Fragen kommt islamisches Recht noch zum Tragen? Ist es zu-

lässig, dass Frauen nur die Hälfte erben, wie es die Scharia vorsieht?

**Rohe:** Das sind Regelungen, die sich unmittelbar aus dem Koran ergeben. Bei deren Auslegung wird erläutert, dass die Männer mehr bekommen, weil nur sie eine Brautgabe finanzieren müssen und nur sie Familienunterhalt leisten. Der doppelte Erbanteil ist die Kompensation für diese Lasten. Aber in Deutschland haben wir ein geschlechtsneutrales Recht. Ein Imam aus Bayern hat deshalb geschrieben, dass die islamische Lösung in Deutschland heißt: gleiche Erbteile. Sie sehen, was das islamische Recht an Interpretationsmöglichkeiten hergibt.

**SPIEGEL:** Sie haben einmal gesagt, so viel sei gegen die Scharia gar nicht zu sagen.

**Rohe:** Was ich meine, ist, dass man vor der Scharia nicht prinzipiell Angst haben muss. Es gibt da eine Begriffsverwirrung. Natürlich widersprechen drakonische Körperstrafen wie in Saudi-Arabien unserem Recht, aber sehr viele Muslime meinen mit der Scharia das gesamte Normensystem des Islam, Beten, Fasten, Pilgerfahrt nach Mekka. Und es gibt Leute, die versuchen, auf der Basis der Scharia zu argumentieren, nämlich, dass sie heutzutage Demokratie und Gewaltenteilung verlangt.

**SPIEGEL:** In Frankreich will man jetzt eine Islam-Stiftung gründen, die eine Art Euro-Islam vertreten soll, unter dem Vorsitz des Innenministers Bernard Cazeneuve. Ist das sinnvoll?

**Rohe:** Frankreich ist in Religionsdingen vor allem ein gutes Beispiel dafür, wie man es nicht machen sollte. Die sind schon vor mehr als zehn Jahren krachend gescheitert mit dem Versuch, sich durch Staatsintervention ein Gremium von Lieblingsmuslimen zusammenzustellen, das den fran-

zösischen Islam repräsentieren sollte. Dann gab es aber Wahlen, die nicht das gewünschte Ergebnis erzielt haben. Danach musste der Staat wieder eingreifen.

**SPIEGEL:** Sie waren Mitglied der Islamkonferenz und beteiligen sich seit Jahrzehnten an der Integrationsdebatte. Warum sind wir in Deutschland in dem Punkt nicht weiter?

**Rohe:** Wir sind doch schon sehr weit. Sicher, man hat viel zu spät erkannt, dass viele Menschen muslimischen Glaubens auf Dauer im Land bleiben werden. Aber ich habe 1999 meinen ersten Antrag zur Einrichtung einer islamisch-theologischen Professur geschrieben. Noch nicht einmal 15 Jahre später haben wir schon vier Lehrstühle.

**SPIEGEL:** Der nordrhein-westfälische Kultusminister Jürgen Girgensohn hat 1979 die Einführung von Islamunterricht an Schulen gefordert. Fast 40 Jahre später haben wir ihn immer noch nicht.

**Rohe:** Den gibt es in Hessen, wenn auch nicht flächendeckend, Niedersachsen nähert sich an. In anderen Ländern gibt es Übergangsmodelle. Uns fehlen noch die Lehrkräfte, aber die werden gerade ausgebildet, in Baden-Württemberg auch an mehreren Pädagogischen Hochschulen.

**SPIEGEL:** Wo werden Imame ausgebildet?

**Rohe:** Nicht an staatlichen Hochschulen, denn auch Pfarrer und Priester werden ja nicht an staatlichen Hochschulen ausgebildet, sondern nur Theologinnen und Theologen. Oder wenn sie auf Lehramt studieren, entsprechende Lehrkräfte. Bei Imamen müssen die muslimischen Gemeinden entscheiden, ob sie noch eine Zusatzqualifikation wollen und wie die organisiert sein soll, das haben sie weitgehend noch nicht getan.

**SPIEGEL:** Wie ist es denn jetzt geregelt?



**Gefängnis-Imam in Wiesbaden:** „Mit drei Stunden pro Woche etwas ausrichten“

BERT BOSTELMANN / BILDFOLO

**Rohe:** Viele Imame in Deutschland haben gar keine formale religiöse Qualifikation. Und von den deutschen Hochschulen haben wir praktisch noch keine Absolventen. Aber die Debatte, dass wir jetzt Imame ausbilden, ging in die falsche Richtung: Einem solchen Imam müssen sie doch mindestens 2000 Euro im Monat bezahlen. Kaum eine Gemeinde kann das stemmen, die meisten Imame sind mit einem Minijob angestellt. Beim Verband Ditib werden die Imame vom türkischen Staat bezahlt, aber woanders geht das nicht.

**SPIEGEL:** Aber der deutsche Staat kann die Imame ja auch nicht bezahlen. Was schlagen Sie vor?

**Rohe:** Wir überlegen, wie wir die Leute mehrfach qualifizieren, die haben dann vielleicht eine Dreiviertelstelle als Lehrer oder Sozialarbeiter und sind dann auf 450-Euro-Basis Imam.

**SPIEGEL:** Die Imame des Verbands Ditib werden von der türkischen Religions-

behörde finanziert. Deshalb wird Ditib oft als der verlängerte Arm von Präsident Recep Tayyip Erdoğan kritisiert. Zu Recht?

**Rohe:** Ich würde kein Pauschalurteil wagen. Es gibt Anzeichen, dass die türkische Regierung in den letzten Jahren wieder stärker Einfluss nimmt, aber die Ditib ist eine vielgestaltige Truppe. Einige wären sehr froh, wenn der deutsche Staat von ihnen Unabhängigkeit forderte, weil ihnen das mehr Bewegungsspielraum geben würde. Die Landesregierungen sind im Moment gut beraten, nicht zu hyperventilieren, sondern die Projekte, die laufen und geplant sind, in Ruhe darauf zu prüfen, wie groß das Maß der Abhängigkeit ist.

**SPIEGEL:** Wie groß ist das Problem der salafistischen Rekrutierer in Gefängnissen?

**Rohe:** Groß. Ich habe während der Begleitung eines Modellprojekts erfahren, dass in manchen Anstalten Radikale einsitzen, die sieben Tage die Woche 24 Stunden am Tag da sind, keine Ahnung von islamischer

Religion haben, aber sehr massiv andere Gefangene für den Salafismus anwerben. Dagegen soll dann ein Gefängnis-Imam mit drei Stunden am Freitag etwas ausrichten.

**SPIEGEL:** Warum gibt es bislang nur wenige solcher Gefängnis-Imame?

**Rohe:** Wir haben Leute, die in der Lage sind, so etwas zu machen. Aber es fehlt an Geld. Und wir haben schwierige rechtliche Rahmenbedingungen. Außer in Niedersachsen sind die muslimischen Organisationen nirgends als Religionsgemeinschaften anerkannt. Da sind die Geistlichen auf individuelle Absprachen angewiesen. Hier in Nürnberg weiß ich von einem Imam, der darf aber nur in Begleitung seines christlichen Kollegen hinein. Wenn der Urlaub hat, gibt es keine muslimische Seelsorge.

**SPIEGEL:** Sie halten nichts vom französischen Weg, aber sie hoffen, einem modernen europäischen Islam den Weg bereiten zu können. Wie?

**Rohe:** Man kann beim Alltagspragmatismus der Muslime ansetzen. Ich sprach einmal mit dem Vorsitzenden eines marokkanischen Moscheevereins, dem in Berlin als Erstes aufgefallen war, dass die Busse der Berliner Verkehrsbetriebe die Schwelle beim Halten senken, damit Leute, die schlecht zu Fuß sind, leichter einsteigen können. Er sagte: Sehen sie, das ist Islam. Die BVG hat bestimmt nicht an den Koran gedacht, aber helfen, großzügig sein, hilfreich sein, das war das Verständnis des Imams vom Islam, ein Verständnis, das ganz viele teilen. Diese Menschen müssen wir unterstützen, mit allen rechtlich zulässigen Möglichkeiten.

**SPIEGEL:** Herr Rohe, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.